

immer hinterfragen, wie und wo sie mit Menschen ins Gespräch kommen kann. Es ist wichtig zu verstehen, dass sich Kommunikation und Beteiligungsmöglichkeiten in einer digitalisierten Welt in ständigem Wandel befinden. Die großen Chancen, die sich daraus ergeben, dass immer

mehr Menschen das Internet nutzen, um ihre Ideen zu äußern und politisch aktiv zu werden, können Parteien nur nutzen, indem sie dort ebenso selbstverständlich und mit ebenso viel Engagement auf Bürger zu gehen, wie sie es in der realen Welt außerhalb des Internets auch tun. ■

*Heidemarie Wieczorek-Zeul*

## Ein Rückblick als Ausblick – 50 Jahre deutsche Entwicklungszusammenarbeit

*1961 wurde das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) geschaffen, um die Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit in einem Ressort zu bündeln. 1993 wurde die Bezeichnung um den Zusatz »und Entwicklung« erweitert. Unsere Autorin, Ressortchefin zwischen 1998 und 2009, blickt zurück.*

**W**ieso eigentlich ausgerechnet dieses Politikfeld? Meine Überzeugung war immer, dass die gerechte Gestaltung der Globalisierung, die Verankerung sozialer und ökologischer Regeln, das Engagement für die nachhaltige Nutzung der Ressourcen und für den weltweiten Ausbau erneuerbarer Energien, die wichtigsten Wegmarken sind, um der Vorherrschaft der Ökonomie über den Menschen entgegenzutreten.

Die Entwicklungszusammenarbeit hat in den vergangenen Jahrzehnten verschiedene Phasen durchlebt, die maßgeblich durch sozialdemokratische Ministerinnen und Minister geprägt waren.

Während es in den frühen 60er Jahren der deutschen Entwicklungspolitik zunächst gelingen musste, sich als eigenständiges Ressort innerhalb der Bundesregierung zu etablieren, wurden in den Folgejahren zunächst die Grundbedürfnisse abgesteckt: Erhard Eppler führte ab 1968 eine bedürfnisorientierte Strategie in der Entwicklungspolitik ein, die auch umweltpolitische Kriterien mit einbezog. Egon Bahr führte sie fort. In diese Zeit fällt auch die



**Heidemarie Wieczorek-Zeul**

(\* 1942) ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Unterausschuss Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung des Deutschen Bundestages. Von 1998 bis 2009 war sie Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

[heidemarie.wieczorek-zeul@bundestag.de](mailto:heidemarie.wieczorek-zeul@bundestag.de)

notwendige Bündelung von Kompetenzen innerhalb des Ministeriums, zum Beispiel durch die Übernahme der Zuständigkeit für die Planung der finanziellen Zusammenarbeit und die Gründung der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), mit der die Entwicklungspolitik eigenständig etabliert werden konnte. Wichtige Impulse gab Marie Schlei, die als erste Frau an der Spitze des Ministeriums stand und sich verstärkt um die Förderung von Frauen in Entwicklungsländern bemüht hat.

Die 80er Jahre gelten zu Recht als das »verlorene Jahrzehnt« in Bezug auf die Entwicklungszusammenarbeit. Sie waren das Jahrzehnt, in dem der Marktradikalismus neoliberalen Smog in den Köpfen der politisch und wirtschaftlich Handelnden

auslöste. Deshalb konnte auch die Arbeit der Nord-Süd-Kommission unter der Leitung von Willy Brandt, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, nur wenige praktische Auswirkungen haben. Viele Forderungen sind deshalb nicht eingelöst worden und noch heute aktuell.

Das Ende des Kalten Krieges sorgte international für einen wirklichen »Schub« in der Entwicklungszusammenarbeit, nachdem lange genug die Mauer auch »durch Afrika gegangen« war.

### **Entwicklungszusammenarbeit als »lernendes System«**

Die Entwicklungszusammenarbeit ist ein »lernendes System«. Gemachte Fehler werden erkannt, neue Lösungen werden gesucht – immer unter der Leitfrage, wie die Welt gerechter gestaltet werden kann und wie koordinierte Hilfe für die Ärmsten und die Zusammenarbeit mit ihnen noch effektiver ausfallen kann.

Apropos effektiv: Die Entwicklungszusammenarbeit ist eines der am stärksten evaluierten Politikfelder – wer evaluiert eigentlich die Wirtschaftsministerien oder die Verteidigungsministerien und zum Beispiel die Einsätze der Bundeswehr?

Nie hätte ich im Herbst 1998 gedacht, das Entwicklungsministerium über 11 Jahre leiten zu dürfen. Dies hat mir vielerlei Möglichkeiten eröffnet, auch auf internationaler Ebene das entwicklungspolitische Profil Deutschlands zu schärfen und wichtige Weichenstellungen voranzubringen. Dafür brauchte es nicht zuletzt ein eigenständiges Ministerium. Dies ist ein kostbares Gut, das es im Sinne von »soft power« entschlossen auch gegen die zu verteidigen gilt, die entweder real oder aber auch durch ihre Praxis seine Bedeutung entleeren wollen.

Ich habe meine Arbeit im Sinne einer Doppelstrategie verstanden: Die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft nahm dabei immer einen ebenso hohen Stellen-

wert ein wie die Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Regierungen innerhalb der EU und in den Vereinten Nationen. Beides zum Ziel der Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele. In diesem Sinne wurden zwei Stufen des multilateralen Schuldenerlasses umgesetzt, der den Entwicklungsländern insgesamt rund 125 Milliarden US-Dollar Entlastung brachte, verbunden mit dem Einsatz der Mittel für Armutsbekämpfung, Gesundheit, Aids-Bekämpfung und Bildung. Gleichzeitig dazu überwandten wir den neoliberalen »Washington Consensus« in der Weltbank und die verheerenden Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds.

Die Millenniumsentwicklungsziele habe ich als acht Regeln einer gerechten Gestaltung der Globalisierung verstanden. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien in den Entwicklungsländern, der Aufbau des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids und die Verankerung der Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in der bilateralen und multinationalen Entwicklungszusammenarbeit waren wichtige Weichenstellungen im Sinne der wirtschaftlichen, der sozialen und der ökologischen Gestaltung der Welt, die auch heute noch fortgeführt werden – und fortgeführt werden müssen.

Und noch etwas war neu: Zum ersten Mal konnten wir im Jahr 2001 einen Zeitplan zur stufenweisen Erreichung des 0,7%-Ziels bis 2015 in der EU beschließen und infolgedessen konnte der Entwicklungshaushalt deutlich gesteigert werden.

Die Umsetzung des sogenannten Ankerländerkonzepts im Jahr 2004, mit dem die deutsche Entwicklungszusammenarbeit gezielt strategische Partnerschaften mit wichtigen Schwellenländern eingegangen ist, die bessere Arbeitsteilung in der EU und mit den anderen Gebern und die Reduzierung der Zahl der Partnerländer von 119 auf 57, die in meiner Amtszeit durchgesetzt wurden, hatten zum Ziel, die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auf eine be-

grenzte Zahl von Ländern zu konzentrieren und so die finanziellen Mittel gezielter einsetzen zu können.

Es war uns immer klar, dass Haushaltssteigerungen alleine uns nicht zum Ziel führen würden. Daher habe ich schon zu Beginn meiner Amtszeit die Schaffung einer Finanztransaktionssteuer zur Bekämpfung der weltweiten Armut gefordert. Die Entwicklung der letzten Jahre, gerade nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, hat gezeigt, dass die Einführung einer solchen Steuer nicht mehr als abwegige Idee abgewertet wird, sondern von namhaften Experten als ein solidarisches Instrument gefordert wird.

Besonders froh war ich, dass im Jahr 2008 die Schaffung des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes »weltwärts« gelungen ist, der mittlerweile fast 10.000 jungen Menschen einen Freiwilligendienst in einem Entwicklungsland ermöglicht hat. Unkomplizierte Unterstützung für junge Menschen, die freiwillig in einem Entwicklungsland unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern arbeiten wollen – dies war das Ziel dieser Initiative und sie ist uns gelungen. Sie bedeutet: konkrete Unterstützung, entwicklungspolitisches Lernen und mehr interkulturelle Kompetenz.

Wie lauten nun die drängendsten Fragen in diesem noch jungen Jahrzehnt für die Entwicklungszusammenarbeit?

*Erstens:* Entgegen den Haushaltskürzungen, die die Industrieländer auch bei der Entwicklungspolitik entgegen ihrer Zusagen planen, müssen die Mittel aufgestockt und zusammen mit einer Finanztransaktionssteuer zielgerichtet und gut abgestimmt eingesetzt werden. Die Steuer gegen Armut ist keine Utopie! Eine Welt, in der wir uns für faire Verteilung einsetzen, ist keine Utopie sondern eine realistische und verwirklichte Forderung! Ähnlich wie bei der Entschuldungsinitiative Ende der 90er Jahre und zu Beginn des 21. Jahrhunderts haben wir heute mit der Finanztransaktionssteuer die Chance für

eine Umsetzung zwischen den Beteiligten einer Basisbewegung und denen in der Politik, die dazu guten Willens sind.

*Zweitens:* Es gilt aber auch, die wachsenden Ungleichheiten in *allen* Gesellschaften zu bekämpfen, denn sie drohen das Band der Solidarität zu zerreißen.

Die Millenniumsentwicklungsziele müssen über 2015 hinaus entwickelt und mit den Zielsetzungen der 2012 stattfindenden Klimakonferenz (Rio + 20) verbunden werden. Ein Ünding übrigens, dass gerade dem deutschen Zweig der UN-Millenniumskampagne von der derzeitigen Regierung die Mittel gekürzt werden.

*Drittens:* Global Governance, zumal um die Finanzmärkte zu regulieren, wird zwingender, um die Globalisierung nicht dem Selbstlauf der Ungerechtigkeit zu überlassen. Hier laufen wir Gefahr, uns erneut in eine Spirale der Finanzspekulationen zu verstricken, die das internationale Finanzsystem schon einmal vor drei Jahren ins Wanken gebracht hat. Wir müssen die globalen Entwicklungen mitgestalten.

*Viertens:* Gerade deshalb ist die Forderung nach einem »UN-Sicherheitsrat für soziale, wirtschaftliche und ökologische Fragen« weiter aktuell, denn wir dürfen den Lauf der Welt nicht den G20-Staaten oder/und den wirtschaftlichen Mächten überlassen. Ein solches Gremium müsste klein, effizient und schlagkräftig genug sein, um den

#### Das 0,7 %-Ziel

*Am 24. Oktober 1970 einigten sich alle UN-Mitgliedsstaaten darauf, ihre Entwicklungshilfe auf 0,7 % des Bruttonationalprodukts (BNP) zu erhöhen. Nach vier Jahrzehnten sieht die Bilanz ernüchternd aus: Lediglich Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden haben dieses Ziel erreicht. Im Durchschnitt geben die Geberländer nur 0,3 % ihres BNP aus. Die deutsche Quote betrug 2010 laut OECD nur 0,38 %.*

*365 Abgeordnete aller Fraktionen des Deutschen Bundestages haben im Jahr 2011 die Bundesregierung aufgefordert, die Mittel für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit um jährlich 1,2 Milliarden Euro aufzustocken.*

drängenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit beherzt zu begegnen. Es sollte hochrangig alle Regionen der Welt vertreten.

*Fünftens:* Die Schwellenländer werden einen Großteil von Infrastrukturmaßnahmen in Entwicklungsländern ohne Konditionen finanzieren und die Entwicklungsbanken dafür nutzen. Unter anderem deshalb muss Deutschland dafür sorgen, dass die europäische Entwicklungszusammenarbeit weiter ausgebaut und im Sinne der sozialen und ökologischen Gestaltung und Beratung in ihrer Bedeutung verstärkt wird. Dazu wäre eine europäische Entwicklungsbank zum gemeinsamen Einsatz sinnvoll.

*Sechstens:* Der Kontinent, dem wir in

enger Partnerschaft weiter verbunden bleiben sollten, ist Afrika. Die »Lions on the Rise« haben mehr ökonomisches Potenzial als ihnen in deutschen Diskussionen oft zugetraut wird. Eigenverantwortung, Stärkung der Frauen und neues Denken in der Energiepolitik zu unterstützen sind zudem wichtige Zukunftsinvestitionen.

*Siebtens:* Der Demokratisierungsprozess in Nordafrika zeigt allen angeblichen »Realpolitikern« überdeutlich: Auf Dauer ist eine Gesellschaft nur dann stabil, wenn sie die Chancen für die Menschen schafft, ihr Leben selbst zu bestimmen. Das wird einen politischen »Ansteckungseffekt« auslösen, den die Entwicklungspolitik entschlossen unterstützen sollte. ■

*Debatte:*

Nicole Renvert

## Mehr Außenpolitik wagen

### Der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik mangelt es an Lobby und Nachwuchs

*Außen- und sicherheitspolitische Themen gewinnen zunehmend an Bedeutung, da viele Herausforderungen der internationalen Politik nicht mehr nationalstaatlich zu lösen sind. Gerade in Deutschland zeigen sich jedoch eine Reihe von Schwächen: das Fehlen einer strategischen Gemeinschaft, mangelnder Nachwuchs und fehlende Lobby für diese hochkomplexen Themen.*

**Nicole Renvert**

(\* 1968) ist Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik und forscht zur Rolle transnationaler Akteure an der NRW School of Governance, Universität Essen-Duisburg und der Georgetown University.

nicole.renvert@swp-berlin.org



ging, entfachte eine Debatte über Deutschlands Strategiefähigkeit in der Außenpolitik. Denn auch andere Entscheidungen – das Abwarten in der Griechenlandkrise oder die Unentschlossenheit, wie mit den Umbrüchen in der arabischen Welt umzugehen sei –, prägen das Bild vom »zögerlichen Hegemon«.

Dies belastet auch die Beziehungen zur Obama-Regierung, die konkrete Unterstützung von Auslandseinsätzen und berechenbares Verhalten ihrer Bündnispartner erwartet. Deutschland trägt den Libyen-Einsatz nicht mit, ist aber bereit, eine mögliche

**A**ls im März 2011 der UN-Sicherheitsrat die Entscheidung für einen Militäreinsatz in Libyen fällte, enthielt Deutschland sich seiner Stimme. Das Signal, das von dieser Enthaltung aus-